

ChinAmerika – und die EU?

Konturen und Gestaltung einer neuen Weltordnung

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Kai Burmeister, Joachim Schuster und Stefan Stache¹



Foto: © Mango - stock.adobe.com

Alte Gewissheiten gelten nicht mehr. Die ökonomische und politische Weltordnung verändert sich in dramatischer Geschwindigkeit. Das nach dem Ende des „Realen Sozialismus“ zu Beginn der 90er Jahre ausgerufenen „Ende der Geschichte“ dauerte nur kurze Zeit. Die propagierte unilaterale Weltordnung unter Führung der in der Systemkonkurrenz überlegenen USA hat an Strahlkraft verloren. Die westliche Lebensweise, die bürgerliche Demokratie wie auch die liberalen Freiheitsrechte werden auch in der EU durch die neue Rechte und autoritäre Regierungen herausgefordert. Die Erstürmung des Capitols durch aufgestachelte Trump-Anhänger hat zudem verdeutlicht, wie demokratische Institutionen in den USA unter Druck geraten sind. Dies hat international auch die Glaubwürdigkeit und Attraktivität der amerikanischen

Demokratie erheblich beschädigt. Zugleich haben sich die Mobilisierungen progressiver Bewegungen verstärkt und zur Abwahl Trumps beigetragen.

Neue Formen wie etwa der „chinesische Staatskapitalismus“, „illiberale Demokratien“ (wie in Ungarn oder Polen) sowie autokratische Regime, wie etwa in Russland, der Türkei oder Brasilien, stellen den Führungsanspruch „des Westens“ offensiv in Frage.

Gleichzeitig ist die ökonomische Dominanz der USA im Verbund mit der EU deutlich relativiert. Die dynamischsten Märkte der Welt befinden sich inzwischen in Süd-Ost-Asien. Damit hat auch die von den USA und Westeuropa dominierte weltwirtschaftliche Ordnung mit ihren Institutionen merklich an regulierender Kraft verloren. So ist etwa die Welthandelsorganisation (WTO), in denen die Logiken des Freihandels und der Liberalisierung nachhaltigere Entwicklungspfade blockieren kaum mehr in

¹ Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und Gewerkschaftssekretär.

Dr. Joachim Schuster ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitherausgeber der spw.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

der Lage, einen institutionellen Rahmen für den Welthandel abzugeben. Stattdessen wurden und werden trotz aller Beschwörungen des Multilateralismus zunehmend bilaterale oder plurilaterale Handelsabkommen geschlossen. Ebenso wird die regulierende Rolle des IWF für die internationalen Finanzbeziehungen in Frage gestellt. In Asien wird in den letzten Jahren unter Führung Chinas mit der Gründung der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) eine Alternative zu dem westlich dominierten Internationalen Währungsfonds und der Weltbank aufgebaut. China macht sich damit vom Dollar als internationaler Leitwährung und vom Einfluss der USA in den internationalen Finanzbeziehungen unabhängiger und baut eigene ökonomische Einflussphären auf.

All diese Phänomene sind Ausdruck einer tiefen Krise der Pax Americana. Der bisher dominante Akkumulations- und Regulationstyp der langjährigen Hegemonialmacht USA – eine neoliberale Globalisierung in Verbindung mit einer liberalen Demokratie – ist nicht mehr in der Lage, eine hinreichende politische Dynamik zu gewährleisten. Es gelingt immer weniger, die offen zu Tage tretenden inneren Widersprüche und Krisen erfolgreich zu bearbeiten. Globale Hegemoniekrisen sind länger andauernde Entwicklungsphasen des Kapitalismus, die geprägt sind von vielfältigen ökonomischen Krisen und politischen Auseinandersetzungen. All das ist im Grundsatz kein neues Phänomen in der Geschichte des Kapitalismus. In der historisch letzten globalen Hegemoniekrise erfolgte über einen Zeitraum von rund 30 Jahren der Übergang von der Pax Britannia zur Pax Americana. Dabei wurde das vorherrschende Akkumulations- und Regulationsmodell grundlegend umstrukturiert. Diese Phase war aber auch geprägt von umfangreichen politischen und militärischen Auseinandersetzungen.

Die Ausgestaltung der neuen Weltordnung wird nicht nur entlang alter Kriterien ökonomischer, politischer und militärischer Überlegenheiten entschieden werden. Überlagert werden diese Auseinandersetzungen über die weltwirtschaftliche Hegemonialordnung vom zugespitzten Klimawandel und dem Verlust von Biodiversität und natürlichen Ressour-

cen. Die Grenzen der planetaren Belastbarkeit werden immer deutlicher. Die drängende Notwendigkeit eines konsequenten Klimaschutzes und eines klimaneutralen und ressourcenschonenden Umbaus der Wirtschaft ist unübersehbar. Mit dem Pariser Klimaabkommen aus dem Jahr 2015 ist dies inzwischen auch global anerkannt. Aber die Umsetzung dieser Erkenntnis in praktische Politik zur Reduzierung der Bedrohung durch den Klimawandel müsste eine grundlegende Veränderung von Pfadlogiken mit sich bringen, die zumindest fraglich scheint. Besonders die Staaten des globalen Nordens sind gefordert, die Umstrukturierung der Wirtschaft auf eine klimaneutrale Produktion in historisch beispielloser Geschwindigkeit zu bewerkstelligen. Eine neue globale Hegemonialordnung wird nur dann eine hinreichende Stabilität entwickeln können, wenn es gelingt, eine Dekarbonisierung der Wirtschafts- und Lebensweise zu erreichen. Bisher bestand die energetische Basis des Kapitalismus aus einem atomar-fossilen Energiemix. Die neue Weltordnung muss auf regenerativen Energien basieren. Zudem fußen die tonangebenden Wachstumsmodelle, Lieferketten und Lebensweisen auf globalen Ungleichverteilungen, der Durchsetzung eigener Privilegien im Handel sowie teils auch darauf, Arbeitnehmer*innen oder den von ökonomischen Entscheidungen existenziell betroffenen Menschen grundlegende Rechte vorzuenthalten. Die Forderung des sozialdemokratisch geführten Arbeitsministeriums, diesen Missständen mit einem verbindlichen Lieferkettengesetz Einhalt zu gebieten, ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gerechteren Welthandelsordnung. Unter dem Druck von Wirtschaftsverbänden und des Wirtschaftsministeriums droht das Gesetz jedoch in seiner Wirkung massiv eingeschränkt zu werden. So sollen nach dem Gesetzesentwurf z.B. ausschließlich deutsche Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten (ab dem Jahr 2024) einbezogen werden, welche nur für die unmittelbaren Zulieferfirmen sicherstellen müssen, dass deren Produktion keine Menschenrechte verletzt oder die Umwelt schädigt. Eine konsistente und umfassende Politik, welche die dahinter stehenden Machtmechanismen umfassend zu ändern versucht, ist derzeit noch nicht in Sicht.

Der aktuelle Heftschwerpunkt beschäftigt sich mit Basisprozessen dieser globalen Hegemoniekrise, namentlich der Analyse der polit-ökonomischen Entwicklung der globalen Hauptakteure USA, China und Europäische Union sowie einer Kritik der Welthandelsordnung. Die Beiträge basieren auf den Diskussionen in mehreren Webinaren, die im letzten Herbst unter dem Titel „ChinAmerika und die EU – Konturen und Gestaltung einer neuen Weltordnung“ durchgeführt wurden.

Die USA als niedergehende Hegemonialmacht

Die globalen Veränderungen haben zu wachsenden Interessendifferenzen zwischen den westlichen Führungsmächten geführt. Dies ist besonders drastisch in den zurückliegenden vier Regierungsjahren von US-Präsident Trump deutlich geworden. Für Trump ging es um „America First“. Dieses „America First“ wurde offensiv als Konfrontation mit allen Ländern definiert, die nach Trumps Auffassung die Interessen der USA schädigten. China und Deutschland wurden in dieser Lesart zu den bedeutendsten Feinden der USA. Das Aufatmen in vielen europäischen Ländern war unüberhörbar, als das Ergebnis der US-Präsidentenwahl im November feststand. Trump wurde abgewählt. Viele wollen nun ein neues Kapitel in den transnationalen Beziehungen aufschlagen. Dies korrespondiert mit dem Angebot Bidens auf der Münchener Sicherheitskonferenz, das transatlantische Bündnis umfassend zu modernisieren – was auch ein Festhalten an der Erhöhung der Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten auf zwei Prozent des BIP und damit an der Dynamik der Aufrüstung bedeutet. Aktuell noch offen bleibt aber, wie dann mit ökonomischen Konkurrenzen und unterschiedlichen politischen Strategien und Interessen – siehe etwa die Debatte um North Stream II – umgegangen werden wird.

Ingo Schmidt zeichnet in seinem Beitrag „Too big to fail, to weak to lead“ den Niedergang des amerikanischen Hegemonialmodells seit Beginn der 80er Jahre bis heute nach. Das neoliberale Projekt, welches sich unter dem ehemaligen Präsident Reagan als Reaktion auf

die tiefe politische und ökonomische Krise in den 70er Jahren durchgesetzt hat, ist heute weder in der Lage, eine ausreichende Akkumulationsdynamik zu gewährleisten, noch angesichts der neuen Konkurrenz Chinas die Regeln der Weltwirtschaft entlang amerikanischer Interessen zu gestalten. Er begründet seine These mit der Entwicklung der monetaristischen Konterrevolution der Geld- und Fiskalpolitik, dem gescheiterten Versuch, innovatives Unternehmertum durch eine Politik von Steuerensenkungen und Verschuldung herauszubilden sowie der Entwicklungen des Welthandelssystems. Die Regierung Trump stand in der Kontinuität dieses neoliberalen Projektes ohne Perspektiven für die Auflösung der Entwicklungsprobleme aufzuzeigen. Auch für die neue Regierung unter Joe Biden wird es angesichts der tiefen gesellschaftlichen Spaltungen nicht einfach sein, den Schalter umzulegen und neue soziale und ökonomische Entwicklungsperspektiven zu eröffnen. Entscheidend wird es nach Auffassung von Schmidt sein, ob es der neuen Regierung gelingt, eine starke soziale Bewegung für einen sozial-ökologischen Umbau zu formieren.

China als globaler Aufsteiger

Als Konsequenz und im Windschatten der nachlassenden Führungskraft der USA ist in Süd-Ost-Asien eine Auseinandersetzung um die regionale Vorherrschaft entbrannt, die zugleich eine globale Dimension aufweist. China avancierte zum Exportweltmeister. Zudem wurde jüngst unter maßgeblichem Einfluss von China das „Regional Comprehensive Economic Partnership Agreement“ (RCEP) abgeschlossen, an dem 15 Staaten inklusive Japan, Südkorea und Australien beteiligt sind. Die USA sind außen vor. RCEP ist quasi die chinesische Antwort auf die letztlich gescheiterte transpazifische Partnerschaft, in der US-Präsident Obama die Pazifikanrainer unter Ausschluss von China vereinen wollte. Mit RCEP untermauert China ein weiteres Mal seinen weltwirtschaftlichen Gestaltungsanspruch.

Jenny Simon zeigt in ihrem Beitrag die enge Verbindung der sich wandelnden Globalisierungsstrategie Chinas mit dem Wandel des chinesischen Akkumulationstyps auf. Wäh-

rend zunächst eine exportorientierte Industrialisierungs- und Wachstumsstrategie prägend gewesen sei, erfolgte spätestens seit der Finanzkrise 2008/2009 der Übergang zu einer binnenwirtschaftlichen und technologieorientierten Entwicklungsvariante. Charakteristisch sei bei beiden Varianten eine starke steuernde Intervention durch die chinesische Politik. Beide Entwicklungsvarianten gingen zudem einher mit einer spezifischen Einbindung in die globale Ökonomie. Die frühere starke Exportorientierung korrespondierte mit einer asymmetrischen Integration in den Weltmarkt. Die heutige ebenfalls global ausgerichtete Akkumulationsstrategie wird von der Neuen-Seidenstraßen-Initiative begleitet, die darauf abziele, globale Wertschöpfungsketten zu restrukturieren, Investitionsbeziehungen umfassend auszuweiten und neue Handelsrouten aufzubauen. Das wirtschaftliche Erstarken Chinas und das Engagement chinesischer Unternehmen auf Feldern, die früher traditionell von den USA und Europa dominiert worden seien, habe zu einer deutlichen Veränderung der globalen Konkurrenzbeziehungen geführt. Die wachsenden Ambitionen des chinesischen Staates, dabei auch die eigenen Regulierungslogiken etwa durch bilaterale Verträge und ausgewählte institutionalisierte Kooperationsformen zu internationalisieren, eröffne in der Konsequenz eine neue Phase geopolitischer und geökonomischer Konkurrenz mit den USA und Europa.

Die EU in der aktuellen Welthandelsordnung

Welche politische Antwort bildet sich nun aber in Europa auf die Krise der globalen Hegemonialordnung heraus? *Alessa Hartmann* beleuchtet wichtige Aspekte der aktuellen Entwicklungen im Welthandel unter besonderer Berücksichtigung der Politik der EU. Sie skizziert deren handelspolitische Orientierung mit ihrer Fokussierung auf die eigenen Exportinteressen und die Sicherung ausreichender Rohstoffe als eine Politik, die Wirtschaftsinteressen eine klare Priorität vor Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Menschenrechten einräumt. Sozial- und Umweltstandards seien in den Handelsverträgen unverbindlich geregelt. Die

Pandemie habe an dieser handelspolitischen Grundrichtung nichts geändert. Anschließend diskutiert sie, welche Perspektiven die transatlantischen Handelsbeziehungen angesichts der neuen US-Regierung haben und ordnet das neue Investitionsabkommen mit der Volksrepublik China ein. Abschließend geht sie der Frage nach, wie Nachhaltigkeitsaspekte in der EU-Handelspolitik stärker zur Geltung gebracht werden können und misst dabei der Verabschiedung eines europäischen Lieferkettengesetzes eine hohe Bedeutung zu.

Europa im Übergang vom Juniorpartner zum eigenständigen globalen Akteur?

Die globalen Umbrüche stellen die europäischen Staaten auch im Innenverhältnis vor neue Herausforderungen. Die überaus vorteilhafte Entwicklung Europas in den letzten Jahrzehnten erfolgte in den vergangenen Jahrzehnten im Windschatten der USA. Europa und die EU haben erheblich von der alten Hegemonialordnung der vergangenen Jahrzehnte profitiert. Dabei war der Zusammenschluss der global gesehen kleinen europäischen Länder in der Europäischen Union von maßgeblicher Bedeutung. Der einheitliche Binnenmarkt stellt die wesentliche Basis für die wirtschaftliche Stärke der EU und ihrer Mitgliedstaaten dar. Die wirtschaftliche Integration wurde allerdings nur bedingt von einer politischen Integration begleitet. Das war angesichts der Dominanz der Ordnungsmacht USA auch nicht umfassend nötig. Selbst die Staaten, die sich zusätzlich zu einer Währungsunion zusammengeschlossen haben, haben stets darauf geachtet, eigene politische Handlungsspielräume zu erhalten und die Regulierungsmacht der EU zu begrenzen. Bestimmend war ein neoliberales Integrationsmodell, welches nach innen wie nach außen eine ausgeprägte Exportorientierung aufweist.

Wirtschaftlich war dieses Entwicklungsmodell trotz der wachsenden Ungleichheit zwischen den verschiedenen europäischen Regionen und Staaten lange Zeit ein Erfolgsmodell. Viele Regionen und gesellschaftliche Gruppen wurden allerdings vom wirtschaftlichen Fortschritt abgehängt. Die Folge ist eine zuneh-

mende innergesellschaftliche Spaltung aber auch ein Auseinanderdriften der Mitgliedstaaten. Hier liegt eine wesentliche wirtschaftliche Ursache der in allen Mitgliedstaaten wachsenden rechtspopulistischen und nationalistischen Tendenzen.

Sebastian Dullien beleuchtet in seinem Beitrag die Akkumulationslogik der EU in den letzten Jahren. Dabei stellt er fest, dass die EU mit ihrem exportorientierten Wachstumsmodell inzwischen einen größeren Leistungsbilanzüberschuss als China aufweist und damit in hohem Maße für die weltweiten Ungleichgewichte verantwortlich sei. Die darin zum Ausdruck kommenden Wettbewerbsvorteile führt er maßgeblich auf die Spezifika des EU-Binnenmarktes zurück. Allerdings sei dieses Modell vor drei Herausforderungen gestellt, die im Rahmen des alten Modells nicht zu bewältigen seien. Die Exportorientierung der EU funktioniere nur, wenn andere Staaten bereit seien, sich in entsprechendem Umfang zu verschulden, um die erforderliche globale Nachfrage zu erzeugen. Die EU sei zudem bei der Digitalisierung in hohem Maße abhängig von US-amerikanischen oder chinesischen Konkurrenten. Und schließlich begrenzen die erheblichen internen Ungleichgewichte in der EU die Entwicklungsperspektiven des alten Modells. Abschließend diskutiert Dullien, ob die Veränderungen der EU-Politik im Zusammenhang mit der COVID-19 Krise das Potential haben, die Herausforderungen zu bewältigen.

Perspektiven fortschrittlicher Politik in Europa in der zukünftigen Hegemonialordnung

In den Beiträgen dieses Schwerpunktes werden Entwicklungstrends diskutiert, die für die Herausbildung einer neuen Hegemonialordnung entscheidend sein werden. Daraus erwachsen vielfältige Fragestellungen für die Zukunft. Etwa: Sind die USA reformfähig genug, um ihre Vorherrschaft mit einem reformierten Akkumulations- und Regulierungstyp zu verteidigen? Tritt China als neue Macht in die Fußstapfen der alten Hegemonialmacht? Oder wird sich eine tri- oder gar multipolare Ordnung herausbilden mit drei oder mehr globa-

len Führungsmächten inklusive dazugehöriger privilegierter Einflusszonen? Was werden die Charakteristika eines neuen, global dominanten Akkumulations- und Regulationstyps sein?

Von besonderem Interesse ist natürlich, wie sich Deutschland und die europäischen Staaten in der sich neu herausbildenden globalen Hegemonialordnung verorten werden. Wird es gelingen, die wachsende soziale Spaltung zu vermindern und die notwendige digitale und klimaneutrale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft konsequent umzusetzen? Dabei gibt es viele Politikoptionen. Großbritannien ist aus der EU ausgetreten. Der am Heiligabend abgeschlossene Austrittsvertrag mit der EU sichert den Briten auch zukünftig eine gewisse Beteiligung am europäischen Binnenmarkt, eröffnet Großbritannien aber zugleich sowohl neue politische Handlungsspielräume zur Gestaltung seiner inneren Verhältnisse als auch seiner globalen Beziehungen. Ob daraus ein für Großbritannien ein erfolgreiches Entwicklungsmodell entstehen kann, sei an dieser Stelle dahingestellt.

Deutschland und die anderen 26 Mitgliedstaaten lehnen bisher die Option eines Austritts aus der EU strikt ab. Hier ist die Auffassung dominant, dass man nur im Verbund der EU die Möglichkeit habe, den eigenen Wohlstand zu sichern und die neue internationale Ordnung mitzugestalten. Und es sind auch schon die Schlagworte gefunden, wie dies zu realisieren sei. Die EU brauche eine größere strategische Autonomie. Eine neue europäische Souveränität gilt als der Schlüssel zur Mitgestaltung der Welt und zur Wahrung der je nationalen Interessen. Allerdings bestehen bisher zwischen den Mitgliedstaaten aber auch zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften erhebliche Differenzen darüber, was unter dem Konzept „Strategische Autonomie“ konkret zu verstehen ist. Hier gibt es eine große Spannweite. In der Diskussion befinden sich imperiale Deutungsmuster, die auf eine Festigung der eigenen ökonomischen Machtposition ausgerichtet sind und hierfür auch eine Verschärfung sozialer Ungleichheiten in Kauf nehmen. Ebenso finden sich kooperative Interpretationen, die intern wie global einen sozialen Ausgleich suchen und

Nachhaltigkeit als integralen Bestandteil betrachten.

Allgemein formuliert, erfordert strategische Autonomie nach innen eine aktive Politik zur Bearbeitung der aufgetretenen Widersprüche. So muss etwa der in den letzten Jahren erheblich gewachsenen wirtschaftlichen, sozialen und auch politischen Spaltung entgegen gewirkt werden. Zudem erfordert die digitale und klimaneutrale Transformation, eine deutlich stärkere industriepolitische Steuerung der Bedarfen in den gesellschaftlichen Infrastrukturen, eine Gemeinwohlorientierung öffentlicher Dienstleistungen und Güter sowie eine deutliche Steigerung öffentlicher Investitionen. All dies ist in wesentlichen Bereichen nicht mit der neoliberalen Deregulierungs- und Austeritätspolitik der vergangenen Jahrzehnte vereinbar.

Nach außen gerichtet müssten die europäischen Staaten einen Konsens oder zumindest tragfähigen Kompromiss entwickeln, wie sie sich in dem Hegemonialkampf zwischen den USA und China positionieren wollen. Kann die strikte Exportorientierung der europäischen Wirtschaft fortgesetzt werden oder sollte stärker auf eine binnenwirtschaftliche Entwicklung gesetzt werden? Verfolgt die EU weiterhin eine Handelspolitik, die ihre Interessen gegen Länder des globalen Südens durchzusetzen sucht oder öffnet sie sich für eine nachhaltigere Handels- und Industriepolitik? Schlägt man sich als privilegierter Partner auf die Seite der USA oder auf die Seite Chinas oder versucht man sich in einer Mittlerrolle? Der überraschende politische Abschluss des Investitionsabkommens mit China Ende 2020 dürfte keine geeignete Antwort gewesen sein. Es ist der Versuch, Interessen der europäischen Wirtschaft unter Vernachlässigung von Verabredungen über ein Mindestniveau an Arbeitnehmer- und Menschenrechten zu bedienen. Es markiert nicht nur die Fortsetzung eines Wachstumsmodells, das Ungleichheit und ökonomische Macht reproduziert, sondern dürfte auch auf den Widerstand der neuen US-Regierung unter Joe Biden stoßen und damit den vielfach geäußerten Ambitionen auf eine deutliche Verbesserung des transatlantischen Verhältnisses nach dem Präsidentenwechsel in den USA entgegenstehen.

Ob sich in dieser Umbruchphase fortschrittliche Perspektiven ergeben oder sich destruktive Tendenzen durchsetzen, wird maßgeblich davon abhängen, mit welchen Konzepten sich die linken Parteien und fortschrittlichen Kräfte der Zivilgesellschaft hier einbringen werden. Von zentraler Bedeutung wird es sein, ob es gelingt, die Auseinandersetzungen um einen neuen europäischen Akkumulations- und Regulationstyp konsequent mit einem Kampf um globale Nachhaltigkeit und Solidarität, gesellschaftliche Partizipation in allen Lebensbereichen, die Stärkung und Weiterentwicklung der politischen Demokratie aber auch den Ausbau von Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Wirtschaft zu verbinden.

Das sind klassische Auseinandersetzungsfelder, in denen die Sozialdemokratie in der alten Hegemonialordnung in Europa lange Zeit sehr erfolgreich war. Aber die Sozialdemokratie wird ihren aktuellen schleichenden Bedeutungsverlust nur stoppen und umkehren können, wenn sie zugleich ihre Verquickung mit dem Niedergang des Neoliberalismus konsequent aufarbeitet und ihre vergessenen Traditionslinien internationaler Solidarität und Zusammenarbeit wieder entdeckt, wie sie z.B. in der Nord-Süd Kommission in den 80er Jahren zum Ausdruck kamen.

Anders ausgedrückt muss die Erneuerung eines innereuropäischen Sozialmodells gedanklich mit der Rolle Europas in der Welt zusammengedacht werden und der sozialdemokratischen Linken kommt jetzt die Aufgabe zu, diesen Debattenprozess über Einzelforderungen hinaus anzustoßen. Neben der Kritik an den bestehenden Verhältnissen gehört dazu auch zu benennen, wofür die sozialdemokratische Linke konzeptionell eintreten will. Dazu soll dieser Schwerpunkt beitragen und eine Fortsetzung folgt in den zukünftigen Ausgaben der spw. ■